

Antrag der Fraktion der FDP**Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!**

Im Jahr 2017 wurden durch die Freie Hansestadt Bremen circa 1,5 Millionen Euro für die Schaltung von Stellenanzeigen ausgegeben. Im Vergleich zu 2016 beträgt die Kostensteigerung circa 40 Prozent.

Seit 2014 sind die Ausgaben kontinuierlich gestiegen und werden voraussichtlich weiter steigen, denn aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage verläuft die Suche nach geeignetem Personal für alle Arbeitgeber immer schwieriger.

Zudem gilt es zu bedenken, dass nach Einschätzung des Senats „davon auszugehen ist, dass die Printmedien nicht mehr die Rolle spielen werden, wie in der Vergangenheit, um den gewünschten Adressatenkreis anzusprechen“ (vergleiche Drucksache 19/1711).

Unserer Ansicht nach besteht im Bereich der Suche nach geeignetem Personal Optimierungsbedarf, um sie den aktuellen Entwicklungen anzupassen. Daher sollte bereits jetzt damit begonnen werden die Personalgewinnung in die Zukunft zu führen und ein innovatives System zu entwickeln, dass die Suche nach Personal zielgerichtet und kosteneffizient steuert. Dazu bedarf es einer angemessenen Evaluation, um gutes Personal mit geringem Mitteleinsatz zu werben.

Öffentliche Arbeitgeber stehen bei der Suche nach Personal im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Unternehmen. Jedoch ist es auffällig, dass Einrichtungen und Ressorts der Freien Hansestadt Bremen und der mit ihr verbundenen Unternehmen in Printmedien sehr große und eine Vielzahl von Anzeigen schalten. Ihnen wird oft kein jährlicher Höchststrahmen für Stellenanzeigen vorgegeben, sodass kein Anreiz besteht, kostensparend zu agieren (vergleiche Drucksache 19/1711). Während in der Privatwirtschaft stärker auf die Kosten geschaut werden muss, übt die Freie Hansestadt Bremen durch die Vielzahl und die Größe an Anzeigen besonderen Druck auf den Markt aus.

Die Freie Hansestadt Bremen muss verständlicherweise um qualifiziertes Personal werben. Gleichwohl gilt es verantwortungsvoll mit den verfügbaren Mitteln umzugehen, da diese dem öffentlichen Interesse dienen. Es darf nicht zugelassen werden, dass sich öffentliche Auftraggeber sehr stark in den Printmedien präsentieren können und um Fachkräfte werben, andere Werbende damit aber nur schwer wahrgenommen werden und die Preise für die Schaltung von Anzeigen durch die Marktmacht der Freien Hansestadt Bremen zu ihren Gunsten verzerrt werden.

Mittelfristig sollte die Abwicklung der Stellenausschreibungen in den Printmedien reduziert werden, um ein Gleichgewicht zwischen den Anzeigen der Freien Hansestadt Bremen und den Anzeigen von privaten Werbenden herzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Verfahren der Stellenanzeige zu evaluieren und zu ermitteln
 - a) wie die Suche nach geeignetem Personal zielgerichtet und zukunftsfähig aufgestellt werden kann;
 - b) wie die Reichweite der Stellenausschreibungen erhöht werden kann;
 - c) wie geeignete Kennzahlen zur Erfolgsmessung der Abwicklung des Stellenausschreibungsverfahrens aussehen und entwickelt werden können;
 - d) wie die Anzeigen in den Printmedien mittelfristig reduziert werden können;
 - e) an welchen Stellen welche Einsparpotentiale bestehen;
2. aufbauend auf Nummer 1 ein ganzheitliches Konzept zur Umsetzung eines zukunftsfesten und zielgerichteten Verfahrens zu Stellenausschreibungen zu unterbreiten, welches die Telemedien ausdrücklich berücksichtigt;
3. der Bürgerschaft innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Steiner
und Fraktion der FDP